

# Mittels Präsenz und Prävention die bürgernahe Polizeipolitik umsetzen

Der Polizeiposten in Flamatt ist seit dem 1. Juli in Betrieb. Gestern wurde er offiziell eingeweiht.

Jocelyne Page

**WÜNNEWIL-FLAMATT** Das Projekt der bürgernahen Polizei nimmt im Sensebezirk immer mehr Form an. Nach Düdingen folgte nun Flamatt mit der Einweihung des Polizeipostens an der Bernstrasse 10. Plaffeien ist nächste Woche an der Reihe. Nur Tafers sei noch in der alten Konfiguration, sagte der Regionenchef des Saane- und Sensebezirkes, Gallus Risse. Dies werde in naher Zukunft noch so bleiben.

## Nähe schafft Vertrauen

«Die Bedeutung einer dezentralen Polizei in Freiburg ist gross. Dies bemerken wir auch durch die heutige Präsenz poli-

## «Die permanente Präsenz der Polizisten kann die Lebensqualität in der Region verbessern.»

**Bruno Boschung**  
Präsident des Grossen Rates

tischer Grössen, die uns an dieser Einweihung des Polizeipostens in Flamatt mit ihrer Anwesenheit beehren», begrüßte Oberstleutnant Philippe Allain, Chef der Gendarmerie, die zahlreichen Gäste und wandte sich dabei an den Staatsratspräsidenten Maurice Ropraz (FDP) sowie den Präsidenten des Grossen Rates, Bruno Boschung (CVP). Durch den bürgernahen Polizeiposten könne der Kontakt zur Bevölkerung gesichert und Vertrauen aufgebaut werden, sagte Allain.

«Es ist der Wille des Staates, die Nähe der Polizei zu den Bürgerinnen und Bürgern zu



Seit dem 1. Juli arbeitet die Polizei in Flamatt im frisch renovierten Polizeiposten an der Bernstrasse 10.

Bild Corinne Aeberhard

fördern. Die erhöhte Präsenz der Polizei soll deshalb nicht nur in der Agglomeration gewährleistet sein, sondern auch in den Gemeinden und auf dem Land», sagte der Sicherheits- und Justizdirektor Maurice Ropraz. Er fügte hinzu, dass der neue Polizeiposten in Flamatt den Einwohnern die nötige Sicherheit biete, damit das soziale Zusammenleben in einer Gemeinde aufblühen könne.

Bruno Boschung, der selbst im benachbarten Wünnewil wohnhaft ist, stimmte den Vorteilen der bürgernahen Polizei zu und ergänzte, dass besonders die Prävention gefördert werden müsse: «Durch die permanente physische Präsenz der Polizisten kann die Lebensqualität in den Gemeinden und der Region verbessert und ge-

stärkt werden.» Auch sei es wichtig, die neuen Räumlichkeiten zu einem zeitgemässen Polizeiposten auszubauen, damit nicht nur die Einwohner ein Sicherheitsgefühl erlangten, sondern auch die Polizisten ihre Arbeit effizient und geschützt durchführen könnten, sagte Boschung.

## Sichere Infrastruktur

Zuvor befand sich der Polizeiposten in einem weniger zentralen Wohngebäude, welches im Besitz des Kantons Freiburg war, und hatte eine Fläche von nur 55 Quadratmetern. Nun ist der Staat Mieter der alten Eisenwarenhandlung Saner an der Bernstrasse 10; jetzt ist der Polizeiposten 137 Quadratmeter gross. «Dank der grösseren Fläche konnten wir das neue

Lokal den aktuellsten Bedürfnissen und Tätigkeiten des Polizeialltags anpassen», erklärte der Freiburger Kantonsarchitekt Gian Carlo Chiové. Für 50000 Franken wurde das Lokal während sechs Monaten umgebaut, am 1. Juli bezog die Polizei in Flamatt ihren neuen Arbeitsplatz.

Der alte Standort habe keine funktionelle Einteilung gehabt, sondern sei vielmehr ein offener Raum gewesen, so Regionenchef Risse. Die Sicherheit der Polizisten sei somit nicht genügend gewährleistet gewesen. «Der neue Schalter ist gut abgeschirmt, so dass die Polizisten vor Angriffen geschützt sind. Zusätzlich gibt es einen lärmgeschützten Raum, um Einvernahmen durchzuführen», erklärte Risse.

## Vandalenakt

### Die Sprayer sind noch nicht gefasst

Kurz vor der Inbetriebnahme des neuen Polizeipostens in Flamatt schmierten unbekannte Täter beleidigende Parolen an dessen Fensterfront (die FN berichteten). Gallus Risse, Regionenchef des Saane- und Sensebezirkes, erklärte, dass die Täter noch nicht ausfindig gemacht werden konnten. Der Sachschaden sei gering; es sei nur eine Reinigung nötig gewesen. Die Polizei vermute keinen direkten Zusammenhang mit den Schmierereien am Polizeiposten in Laupen. *jp*

# Ein Bauarbeiter verletzt einen Lehrling mit einer Nagelpistole und fährt betrunken Auto

Weil ein Bauarbeiter eine Nagelpistole auf den Kopf eines Lehrlings gerichtet und den Abzug gedrückt hatte, trafen die beiden gestern vor dem Polizeigericht in Murten aufeinander.

Jean-Michel Wirtz

**MURTEN** Es knallt laut, als der Lehrling den Abzug der Nagelpistole betätigt. Sein Anwalt verlangte gestern an der Verhandlung des Polizeigerichts in Murten die Demonstration dieses Arbeitsgeräts. Der angeklagte Bauarbeiter hatte zuvor angegeben, dass die Lautstärke der Pistole dem Klicken eines Kugelschreibers entspreche. Doch die Lautstärke ähnelt eher einem kleineren Knaller.

## Kopfwunde wurde genäht

Dass sich der Bauarbeiter als Beschuldigter und sein früherer Lehrling vor dem Bezirksgericht widersahen, ist auf

einen Vorfall vom Februar 2016 zurückzuführen: Auf einer Baustelle in Courtepin hatte der Bauarbeiter die Nagelpistole am Kopf des Lehrlings angesetzt. Dann drückte er auf den Abzug. Es befand sich kein Nagel in der Pistole, doch der herausgeschleuderte Bolzen schlug ein Loch in den Bauhelm. Der junge Mann im ersten Lehrjahr erlitt eine blutende Wunde am Kopf, die im Spital genäht werden musste. Der Knall führte ausserdem zu einem temporären Ohrensausen. Eine Woche lang war der Lehrling aus dem Sensebezirk krankgeschrieben. Er reichte eine Strafklage wegen Körperverletzung gegen seinen Arbeitskollegen ein.

Dieser Klage schloss sich der Staatsanwalt Markus Julmy an. Aus seiner Sicht brachte die falsche Verwendung der Nagelschusspistole «objektiv das Leben des Lehrlings in Gefahr». Mit diesem Arbeitsgerät werden auf Baustellen Nägel in Mauern oder Beton geschos-

sen. Julmy warf dem Bauarbeiter vor, dass ihm die gefährliche Schlagkraft und der Knall einer Nagelschusspistole bekannt gewesen seien. Er habe auch ohne Nagel in der Pistole «einen Gehörschaden in Kauf genommen».

Der beschuldigte Bauarbeiter verteidigte sich vor Gericht mit seiner geringen Erfahrung mit Nagelschusspistolen. «Ich bin zu 95 Prozent Kranführer. Und in meiner Lehre als Maurer hat mir niemand den Gebrauch einer solchen Pistole gezeigt. Eine Betriebsanleitung dafür habe ich noch nie gesehen.» Auch trage auf dem Bau niemand einen Ohrenschutz oder eine Schutzbrille wegen der Pistole. Zudem sei ihm nicht klar gewesen, dass ein Bolzen hervorschnellen würde. «Ich wollte dem Lehrling einen Schrecken einjagen», erklärte er dem Gerichtspräsidenten Markus Ducret.

Sein Anwalt sprach in seinem Plädoyer von einem Scherz, der

«massiv in die Hose gegangen» sei. Zwar habe der Bauarbeiter fahrlässig gehandelt, eine Schädigungsabsicht habe allerdings nicht bestanden.

## Keine Langzeitschäden

Der geschädigte Lehrling berichtete vor Gericht, dass der Bauarbeiter bereits vorher versucht habe, bei einem anderen Lehrling die Nagelschusspistole am Kopf zu betätigen. «Weil mein Kollege mehr Kraft hatte, konnte er ihn wegschubsen. Dann kam der Bauarbeiter zu mir und hat mich auf den Boden gedrückt.» Dass der Lehrling heute noch lebt, ist aus der Sicht seines Anwalts «dem Zufall und einem Stück Plastik des Bauhelms zu verdanken». Der Bauarbeiter habe ein «Riesenglück» gehabt, dass sein Mandant keine Langzeitschäden davongetragen habe. Er stellte eine Zivilforderung in der Höhe von 1500 Franken.

In derselben Verhandlung musste sich der Bauarbeiter

auch wegen einer Blaufahrt verantworten. Im September 2016 war er in Gurmels mit 1.03 Promille gestoppt worden. Zu diesem Zeitpunkt befand er sich noch in der vierjährigen Probezeit, weil er 2015 wegen einer groben Verletzung der Verkehrsregeln sowie Fahrens in fahrunfähigem Zustand bedingt zu 400 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden war. Einige Jahre zuvor war er bereits wegen Missachtung der Verkehrsregeln und Fahrens ohne Führerausweis verurteilt worden.

Nun verlangte der Staatsanwalt die Widerrufung der bedingten Strafe sowie eine bedingte Geldstrafe. Ob der beschuldigte Bauarbeiter diesen Forderungen nachkommen kann, erscheint jedoch fraglich. Nach einer Hirnblutung ist er arbeitsunfähig. Zudem laufen Betreibungen gegen ihn. Gerichtspräsident Ducret wird das Urteil in zehn Tagen schriftlich eröffnen.

## Das neue Estavayer plant seine Zukunft

Der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde Estavayer hat gestern seine Strategie und Ziele präsentiert.

**ESTAVAYER-LE-LAC** Die Gemeinde Estavayer in ihrer heutigen Form gibt es seit Anfang dieses Jahres nach der Fusion der Gemeinden Estavayer-le-Lac, Bussy, Morens, Murist, Ruyres-les-Prés, Vernay und Vuissens. In einer Medienmitteilung teilte die neue Gemeinde gestern mit, wo die Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode liegen sollen.

«Estavayer will eine dynamische und starke Gemeinde sein», ist der Medienmitteilung des Gemeinderates zu entnehmen. Die Grösse der Gemeinde erlaube es nun, Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, Wirtschaft und Entwicklung neu anzupacken und diese gegenüber der Region und dem Kanton stärker zu vertreten. Ein wichtiger Punkt in der weiteren Entwicklung der Gemeinde sei die Lebensqualität für die Einwohnerinnen und Einwohner: Estavayer soll langfristig ein attraktiver und wirtschaftlich dynamischer Wohnort sein. Die Dienstleistungen der Behörden sollen effizient sein, und die Infrastruktur soll die Bedürfnisse der Menschen abdecken. Auch auf die nachhaltige Verwendung von Ressourcen und auf die Produktivität innerhalb der Verwaltung will die Gemeinde Wert legen. Den Zeithorizont für diese strategische Ausrichtung definiert der Gemeinderat laut seiner Mitteilung auf 10 bis 15 Jahre. Das Ziel sei eine konstant finanziell gesunde und attraktive Gemeinde.

Als konkrete Massnahmen hat der Gemeinderat verschiedene Programme definiert. So misst er zum Beispiel der Altstadt von Estavayer eine grosse Bedeutung zu: Diese soll wiederbelebt und möglicherweise mit Tempo-20-Zonen ausgestattet werden. Zudem soll das Ufer des Neuenburgersees als attraktiver Ort für Touristen und Bewohner aufgewertet werden. Ausserdem steht die Optimierung der Abläufe in der Gemeindeverwaltung auf dem Programm des Gemeinderates. Auch eine verbesserte und offene Kommunikation seitens der Gemeinde gegenüber den Einwohnern ist als strategisches Ziel definiert. Für die Renovation von erhaltenswerten Gebäuden soll ein Fonds aufgebaut werden. Auch die Schaffung weiterer Kinderkrippenplätze ist eines von vielen definierten Legislaturzielen der Gemeinderatsregierung. *emu*

## Express

### Verfügung zu Tempo-30-Zonen liegt auf

**RECHTHALTEN** In den Quartierstrassen der Siedlungsgebiete von Rechthalten soll Tempo 30 eingeführt werden. Bei der öffentlichen Auflage des Verkehrskonzepts durch die Gemeinde Anfang 2017 waren keine Einsprachen eingegangen (die FN berichteten). Nun liegt die entsprechende Verfügung des kantonalen Tiefbauamts öffentlich auf, wie dem aktuellen Amtsblatt zu entnehmen ist. Als bauliche Massnahmen sind vor allem Signalisations- und Markierungsarbeiten vorgesehen. *ak*